

liebe, allezeit fröh-
lich, Geburtstag und
Festtag, der frühere
die Bethelgemeinde
auch hier herzlich
efflichen Tage und

Bethel.

n. Zu erfragen in

und Belpolitik:
alle in Bethel.

ferenz
nsberg

n 6. Mai 1931
saße in Bielefeld
en Linie 1), wird
n.

rfammlung.
ng.

orfinden.

r Missionare",
mannig, Barmen.

gs.

r Sareptakapelle
hulho, Hülhorst;
oer.

lung.

Imanns, Bethel.

ent an der Theo-
el. „Der Gott
d Jakobs“.

gs.

ntungen ist auch
der bitten wir,
r Konferenz zu

figende:

er, Enger.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und
0.96 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingangsnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzettel oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 103.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 5. Mai 1931.

13. Jahrgang.

Ein jeder seines Glückes Schmied,
Wo bleibt da Gottes Ehre?
Was seine Schickung mir beschied,
Wer bin ich, daß ich's wehre?
Und doch, was dir des Höchsten Rat
An Lieb' und Leid beschieden,
Du wirst dir erst durch eigne Tat
Wohl oder Weh draus schmieden.

Karl Gerok.

Der Kirchenvertrag auf der Generalsynode.

Es war gewiß eine große Stunde, als am 22. April 18.30 Uhr der über 70jährige, aber noch sehr jugendfrische Präses der Generalsynode D. Windler das Abstimmungs-ergebnis mitteilte. Jeder, der im großen Saale des Reichswirtschaftsrates, sei es als Teilnehmer in den parlamentarischen Sitzungsräumen oder als Zuhörer auf den Tribünen, diesen Augenblick mit erlebte, spürte es: Wir stehen an einem kirchengeschichtlichen Wendepunkt. Er ist dem ähnlich, in welchem im September 1923 die Verfassung der evangelischen Kirche der Altpreussischen Union angenommen wurde. Damals wurde es in feierlichen Worten in alle Welt hinausgerufen, daß nun endlich die Kirche von staatlicher Bevormundung frei geworden sei. Von diesem Augenblick an ordne sie ihre Angelegenheiten selbst. Gerade diese Erinnerung mag ein Warnungssignal sein, den Wert des Augenblicks nicht zu überschätzen. In der Freude über die unter Dach und Fach gebrachte Verfassung hatten wir Abgeordnete damals doch zu wenig bedacht, daß das Verhältnis von Kirche und Staat durch eine Verfassung nicht gelöst wird. Bald spürte es die Kirche, daß sie nach wie vor unter der Obergewalt des Staates blieb, denn die Genehmigung zu der Verfassung wurde nur unter der Bedingung erteilt, daß künftighin die Kirche alle ihre Gesetze dem Staate zur Genehmigung vorzulegen habe. Auch der am 22. April genehmigte Vertrag bedarf ja noch der Zustimmung des Landtages.

So war es angebracht, daß jede enthusiastische Stimmung diesmal fehlte. Die Abstimmung bedeutete ja nichts weiter als die Erklärung des Einverständnisses mit einem Vorschlag, der nach 20monatigen zähen Unterhandlungen zwischen Vertretern des Staates und der Kirche zustande gekommen ist. Wie der Landtag sich zu dieser Vorlage stellen wird, weiß niemand. Hoffentlich kommt diese Frage noch im Laufe dieses Sommers zum Abschluß. Allerdings bedeutungsvoll bleibt der 22. April auch für den Fall, daß der Landtag die Vorlage ablehnen sollte. Denn dann steht die Kirche dem Staate jedenfalls anders gegenüber, als wenn die Kirche ihrerseits die Vorlage des Staates abgelehnt hätte. Ich persönlich sehe diesem Beschluß mit Ruhe entgegen. Ich habe für den Vertrag gestimmt und habe doch volles Verständnis für die, die ihn abgelehnt haben. Sollte der Staat die Vorlage annehmen, so kann das für die Kirche unter Umständen wertvoll sein, vielleicht auch nicht. Mit theologischen Richtungen hatte die Abstimmung nichts zu tun. Männer aus allen Lagern stimmten für den Vertrag und in ziemlich gleichmäßigem Verhältnis gegen denselben. Von Männern der äußersten Rechten nenne ich unter den Gegnern der Vorlage: den Vorsitzenden jener Gruppe, Herrn v. Arnim, den Ministerialdirektor Ramede, Superintendent D. Matthes; auch in der Positiven Union fanden sich angesehene Mitglieder unter den Gegnern der Vorlage: Eggellenz v. Berg, Präses D. Koch, v. Tadden, v. Kleist, Generalsekretär Martin. In der Mitte waren D. Jährenhorst, der Vorsitzende des Evangelischen Bundes und Ministerialdirektor D. Konze zu nennen und auf der Linken Justizrat Dr. Hallensleben und Dr. Schlemmer. Jede Gruppe ließ ihren Mitgliedern volle Freiheit. Mit Recht, denn niemand wird mit Sicherheit behaupten können, er habe mit seiner Abstimmung der Kirche einen Dienst getan. In solcher Lage kann man nur Gott bitten und das ist auch auf der Generalsynode geschehen — er möge unserer preussischen Landessynode diese Abstimmung zum Segen werden lassen. Möglich, daß die Annahme dieses Vertrages eine große Not über die Kirche bringt, vielleicht neue Knechtung durch den Staat. Vielleicht wäre also die Ablehnung ein Segen für sie gewesen. Es ist aber auch denkbar, daß die neue Lage der Kirche eine größere Sicherheit und größere Entfaltungsmöglichkeit bringt. Gottes Segen? Vielleicht ist ja auch die Not, in die die Kirche auf dem einen oder anderen Wege kommt, eine Segenszeit für die Kirche. Vielleicht wäre gerade die Not für sie ein Segen gewesen, vor der die

eine oder andere Seite der Abstimmenden sie bewahren wollte. Gott führt unsere Landeskirche ihre eigenen Wege und benutzt sie — das hoffen wir und erbitten wir — auch jetzt noch für seine ewigen Ziele.

Aber abgesehen von solchen aus dem Glauben stammenden Erwägungen, an denen es auch bei den Beratungen in der Generalsynode nicht gefehlt hat, — wir haben nicht leichtsinnig abgestimmt, sondern in jenen drei Tagen mit aller Nüchternheit und Ruhe das Für und Gegen miteinander und gegeneinander abgemessen. Es ist nur sehr schwer, sich darüber in der Öffentlichkeit auszusprechen, solange die Landtagsentscheidung noch aussteht. Wie leicht kann ein unvorsichtiges, mißgedeutetes Wort die kommenden Verhandlungen empfindlich stören. Man kann, ohne es zu wollen, denen eine Waffe in die Hand geben, die höchstens nur noch ein politisches Interesse an der Kirche haben. Wir, die mitverantwortlichen Mitglieder der Generalsynode, werden in den nächsten Wochen uns in der Tugend der Schweigsamkeit üben müssen, und selbst allerhand Verdächtigungen über uns ergehen lassen müssen. Das gehört unter Umständen auch zu dem Dienst an der Kirche. Wie wenig ahnt doch ein sonst so bedeutendes Blatt wie die Kreuzzeitung von dem Ernst der Lage, wenn die Abstimmung mit dem Worte begrüßt wird: „Der Opportunismus siegt.“ Solch ein Urteil beweist nicht das leiseste Verständnis für das Verantwortlichkeitsgefühl — das glaube ich sagen zu dürfen — das uns alle befeht hat. Gewiß ist es nicht nur von dem Präses des Evangelischen Oberkirchenrates D. Kappeler öffentlich, sondern auch in den privaten Besprechungen immer wieder ausgesprochen worden, daß die Kirche unseres Herrn Jesu Christi mit und ohne Staatsvertrag besteht. Weder die Ablehnenden noch die Befürwortenden haben gemeint, das Reich Gottes hänge von ihrer Entscheidung ab. Wir haben volles Verständnis dafür, wenn treue Christen aussprechen, man könne unmöglich solch einen Vertrag mit einem Staat abschließen, denn der Staat stehe der Kirche immer wesensfremd gegenüber, ganz einerlei, wie die jeweilige Regierung sich zusammensetze. Aber Eggellenz Michaelis, der mit das Beste, übrigens auch das Schlimmste, für die Vorlage in die Waagschale warf, betonte sicherlich mit Recht, daß wir, wenn wir einmal die Volkskirche anerkennen, nach bestem Wissen und Gewissen ganz nüchtern prüfen müßten, ob der Vertrag nicht vieles bringe, was uns nützlich zu sein scheine. Dürfen wir in dieser Stunde die ausgestreckte Hand des Staates zurückweisen? Was wird aus unserer Landeskirche, wenn sie ohne den Schutz des Vertrages dasteht? Wenn man jetzt in der Presse liest, man hätte doch einfach alles beim alten lassen sollen, so wird übersehen, daß, nachdem einmal der Vertrag angeboten war, in jedem Falle eine neue Lage entsteht, je nachdem die Kirche das Angebot annimmt oder abschlägt. In welche Lage die Kirche kommen würde, wenn sie den angebotenen Vertrag ablehnt, darüber kann man ebensowenig etwas voraussagen, wie darüber, wie der Staat den Vertrag künftighin handhaben wird. Die Frage ist — so wurde mit Recht formuliert — ob die Kirche durch diesen Vertrag voraussichtlich freier zum Dienst und freier zur Arbeit wird.

Den Hauptanstoß bildet die berühmte politische Klausel, Artikel 7 der Verfassung. Er bestimmt, daß der Staat seine Erlaubnis zur Anstellung der leitenden Persönlichkeiten aus staatspolitischen Gründen verweigern kann. Tut er das, so kann ein Schiedsgericht feststellen, ob die Tatsachen, auf Grund deren der Staat seine Bedenken angemeldet hat, wirklich bestehen. Dieser Rechtsschutz, meinen die Gegner der Vorlage, sei ein durchaus ungenügender. Ein Schiedsgericht, das einmal angerufen, für beide Teile über die Möglichkeit der Anstellung endgültig entscheidet, wurde von dem Staat als unannehmbar bezeichnet. Es wurde aber von beider Seite auch angezweifelt, ob die Kirche ein solches Schiedsgericht überhaupt hätte annehmen dürfen. Denn auch ein Schiedsgericht gibt keine Gewähr, daß die Interessen der Kirche gewahrt bleiben. Also auch die Rechtssicherheit des Schiedsgerichtes wurde angezweifelt.

Aber viele finden die Kirche grundsätzlich in ihrer Freiheit eingeengt. Staatspolitik könne doch sehr leicht mit parteipolitisch verwechselt werden. Und in der Tat, es wird auch für den klugen Juristen nicht ganz leicht sein, beide Begriffe faßbarlich zu trennen. Hier häuften sich die Bedenken. Die Gefahr besteht, daß schon bei der Auswahl der Männer allzusehr auf die Stimmung der Staatsregierung hinübergeschleift werden könnte. Ja, auch der Besorgnis könnte man Ausdruck geben, daß Geistliche sich zu einer verhängnisvollen Zurückhaltung in ihrem Auftreten verleiten lassen, um sich nicht beim Staat unbeliebt zu machen und Hoffnungen auf ein künftiges höheres Amt zu zertrümmern. Entscheidend scheint mir allerdings in diesem Stück nicht der Vertrag. Denn

auch ohne vertragliche Rechte ist der Staat, wenn die politische Lage ihm günstig ist, in der Verführung, vermöge seiner staatlichen Hoheitsrechte der Kirche seinen Willen aufzuzwingen. Stößt er dann auf Männer, die nicht feststehen, so kann er einen gefährlichen Einfluß gewinnen, ganz einerlei, ob ein Vertrag vorhanden oder nicht vorhanden ist. Es wird immer darauf ankommen, daß in der Kirche Männer an leitender Stelle stehen, die auch dem Staate gegenüber fest und aufrecht dastehen.

Niemand wird Jubelhymnen anstimmen, etwa weil nun zum erstenmal die Kirche als Vertragspartner dem Staate gegenübertritt. Haben wir uns aber einmal entschlossen, diejenige Ordnung unseres christlichen Lebens, die sich bei uns geschichtlich von selbst entwickelt hat, nämlich die Volkskirche zu bejahen, ja sie als eine willkommenen Ueberlieferung zu begrüßen, weil wir glauben, daß Gott auch durch diese Ordnung unser Volk segnen kann, dann haben wir in der Tat auch die Pflicht, das Verhältnis von Kirche und Staat so gut zu ordnen, wie wir nur können. Man kann volles Verständnis für die Gegner der Volkskirche haben, man kann ganz klar darüber sein, wenn Gott die Landeskirche zerbricht, so wird deshalb das Reich Gottes nicht aus unserem Volk verschwinden, — aber noch haben wir diese Kirche und tragen — sofern wir ihre Glieder sind — die Verantwortung für sie auf unsern Schultern. Wir wissen, daß die Stellung der Kirche zum Staate für die Erfüllung des Dienstes unserer Landeskirche an unserem Volk von größter Bedeutung ist. Nun fürchten die einen, der Vertrag lege der Kirche hemmende Fesseln an, während die andern im Gegenteil hoffen, daß diese Verträge die Kirche vor willkürlichen Zugriffen des Staates schütze. Wir sehen, beide — Freunde und Gegner des Vertrages — haben durch ihre Entscheidung der Kirche dienen wollen; wer ihr freilich wirklich gedient hat, das wird erst die Zukunft ausweisen.

Wir hüten uns vor Uebertreibungen. Der Vertrag gibt dem Staate keinerlei Handhabe, etwa ihm genehme Persönlichkeiten in leitende Stellung zu bringen. Natürlich kann man alle diese Unterhandlungen mit dem Staate durch den Hinweis abtun, der Staat stamme aus der sündigen Welt. Aber wie steht es mit der Kirche? Auch ihre Glieder sind Sünder und in den sündigen Weltzusammenhang hineinverflochten. Die Kirche ist eben nicht eine Gemeinschaft von Vollkommenen, sondern sie hat mit der Sünde in ihren eigenen Reihen zu kämpfen. Simon.

Kann Deutschland zahlen?

Eine amerikanische Stimme.

Die nachfolgenden Ausführungen, von einem Deutsch-Amerikaner überseht, zeigen, wie schief und falsch die deutschen Verhältnisse auch von denen beurteilt werden, die an sich von der Unmöglichkeit und von der Undurchführbarkeit der bestehenden Verträge überzeugt sind.

Unter diesem Titel schreibt Oswald Garrison Villard in der liberalen Zeitschrift: The Nation. Der Artikel ist vom 2. Januar datiert.

„Wenn man die Frage lediglich von der technischen und legalen Seite betrachtet, kann Deutschland natürlich zahlen solange es existiert. Es ist dies aber nur möglich durch eine weitere Drückung des deutschen Lebensstandards, durch Vergrößerung des Risikos eines deutschen ökonomischen Zusammenbruchs; durch Einleitung von Revolution und Chaos; durch Entfaltung eines Geistes bitteren Hasses gegen diejenigen, die Deutschland in seine unglückliche Lage drücken. Der unnatürliche Faktor eines noch weniger kaufkräftigen Deutschlands im ökonomischen Weltstrom müßte die Frage ändern zu: Sollte Deutschland zahlen? Ohne Zweifel, die jetzige Lage Deutschlands hat zur weltweiten Wirtschaftskrise mit beigetragen.

Natürlich kann Deutschland zahlen, und es gibt genug ausländische Beobachter in Berlin, die es mit Mark und Pfennig beweisen. Als ersten Punkt zeigen sie auf die Millionen, die in den Bau des Panzerkreuzers gegangen sind, und auf die beständig wachsenden Kosten der Reichswehr. Sie weisen darauf hin, daß im Kriegsfalle solche Flotte und Armee ohne die verbotenen und nicht vorhandenen Kriegswaffen, schwere Artillerie, Tanks, Unterseeboote usw. ohne Nutzen ist und deshalb alle Ausgaben dafür überhaupt nicht nötig sind. In diesem Falle stimme ich mit den Kritikern überein. Solche Ansichten werden aber von Deutschen mit erhobenen Händen abgewiesen und die Militärkosten mit einer etwaigen polnischen Invasion gerechtfertigt.

Etwas von anderen staatlichen Sparmöglichkeiten? Sie sind weder so leicht zu nennen noch so praktisch; in manchen Fällen von ernster Fraglichkeit. Die Kritiker weisen darauf hin, daß deutsche Städte große öffentliche Projekte unternehmen, Parks, Bäder, Stadien, Spiel-

plage. Sie weisen auf das Berliner Museum, dessen Bau 10 Jahre in Anspruch nahm. Sie weisen auf ein Defizit der städtischen Theater hin; so hoch, daß deutsche Zeitungen gebeten wurden, die Summe nicht zu veröffentlichen; so hoch, daß es einen ziemlich Prozentsatz der Reparationskosten ausmacht. Französische und belgische Beobachter sagen: Das Geld für diese Zwecke gehört eigentlich uns. Die Kritiker sind auf viel sichererem Grunde, wenn sie darauf hinweisen, daß die Erbschaftsteuer in Deutschland in einem weit weniger starken Maße als in England zur Bestreitung der Staatskosten und zur Ausgleichung des Reichtums herangezogen wird. Man hat immer noch 2000 Millionen in Deutschland. Zu der Behauptung, daß die deutsche Industrie übersteuert und überlastet mit Sozialkosten ist, begegnet man, daß die Dividende von 142 Werken von 6,51 in 1929 nur zu 6,26 Proz. in 1930 gefallen ist. Obwohl z. B. das Grob-Einkommen der Rheinmetallgesellschaft von 56 auf 45 Millionen Mark gesunken ist, ist die Reserveabschreibung von 2 430 000 M auf 4 080 000 M erhöht worden und die Dividende von 1 810 000 M auf 1 920 000 M gestiegen. Die Dividende der Gutehoffnungshütte stieg von 7 auf 10 Prozent, das Einkommen der Familie Haniels (% Eigentümer der Hütte) entsprechend von 4 200 000 auf 6 000 000 Mark. Man hört aber nichts von Prämien oder besonders hohen Löhnen der Arbeiter dieser Firma. Man weist ferner auf einen Artikel des Finanzministers Dietrich hin, der kürzlich im „Berliner Tageblatt“ erschien, und am nächsten Tage demitiert wurde. Er behandelte den Transfer-Mechanismus und es wurde gezeigt, daß die Reparationszahlungen gemacht werden können, ohne den Handel zu stören; und daß genügende automatische Kompensationen und innere finanzielle Ausgleichungen vorhanden sind, um alle gewöhnlichen Situationen zu meistern. Allerdings war in demselben Artikel auch erwähnt, daß der Mechanismus nicht überladen werden dürfte, und daß innere politische Bewegungen, die den deutschen Kredit schädigen, solche Überladungen herbeiführen können. Einen anderen Punkt der Kritik haben die Zahlungs-optimisten zu bieten in den hohen Kosten und Verlusten des Reiches in den Subventionen von Industrien, besonders wenn der Staat Industrien übernimmt und selber betreibt. Zu hohe Fabrikationskosten, rascher Wechsel von einem erfolglosen Produkt zum andern usw. werden zur Last gelegt; z. B. verloren die Deutschen Werke in Kiel 10 000 000 M beim Bau von 2 Schiffen für Norwegen durch falsche Konstruktion.

Die „Liga für Menschenrechte“ vertritt eine Herabsetzung der Tarife; nicht weil sie wünscht, daß die Reparationszahlungen weitergeführt werden sollen, sondern als einen Ausweg aus der Krise. Tarife sind in Deutschland, ebenso wie in Amerika, Klassenprivileg. Ostpreussische Großgrundbesitzer haben während der Jahrzehnte, in denen sie ausschlaggebenden Einfluß in Regierungskreisen hatten, nicht nur große Staatsubventionen und Steuerfreiheiten erworben, sondern auch hohe agrarische Tarife. Es ist eine Pflichtvernachlässigung der Sozialdemokraten, durch diese hohen Tarife die Lebenshaltungskosten der Städte bis heute erhöht zu haben. Im letzten Jahre konnte eine Tonne Roggen auf dem Weltmarkt für 60 M erworben werden, während der Staat dem Landwirt 120 Mark durch den Tarif aus den Taschen der Städter hinzubezahlte. Das Kohlenyndikat nahm für die Tonne Kohle 16,89 M im Inlande und im Auslande 10—12,50 M. Trotz all dieser mehr oder weniger gerechten Kritiken besteht immer noch die Frage: Sollte Deutschland zahlen? Meine Antwort ist: Nein. Nachdem ich die deutsche Situation aus erster Hand während der letzten vier Monate studiert habe, finde ich die folgenden Gründe für die steigende Wünschbarkeit der Quittierung aller Reparationen und Kriegsschulden:

1. Obwohl die Reparationszahlungen nicht eine der Hauptursachen der weltweiten Wirtschaftsdpression sind, so haben sie doch stark dazu beigetragen. Sie stellen

Deutschland in die schwierige Lage, einer weltweiten Krise mit einer Extralast von 500 000 000 M jährlich gegenüber zu stehen.

2. Die große Masse des deutschen Volkes hat die humane Grenze erreicht, unter die ein Volk nicht gedrückt werden kann. Nicht weniger als 16 000 000 Deutsche haben ein jährliches Einkommen von weniger als 600 M (150 Dollars).

3. Weitere Vertiefung des Wohlstandes muß ohne Alternative noch stärkere innere politische Konflikte mit sich bringen, mehr Kämpfe für Brot; und die Stärkung aller reaktionären Elemente, besonders der Nazis. Es ist gut und schön zu sagen: Gebt eure Museen auf, eure Parks, eure Theater. Sie sind Sicherheitsventile; sie geben den Menschen etwas, wofür zu leben; intellektuellen Stimulus, etwas, womit die Verzweiflung abgehalten ist. Die Städte müssen etwas bieten, selbst um nur die durch Arbeitslosigkeit gebildete entsetzliche Depression, die Rahlheit, die Härte, die fast hoffnungslose Situation, der jeder junge Deutsche gegenübersteht, wenn seine Karriere beginnt, auszugleichen.

4. Ein desorganisiertes Deutschland meint ein desorganisiertes Europa, und ein desorganisiertes Europa meint eine ökonomisch unbalancierte und deprimierte Welt, die Vereinigten Staaten eingeschlossen. Die gegenwärtige Weltkrise ist so wichtig, daß nur kriminelle Kurzsichtigkeit eine Politik empfehlen kann, die auch nur von weitem die Möglichkeit eines deutschen Zusammenbruches hat.

5. Der psychologische Effekt der Quittierung auf die Mentalität Europas wäre unalkalulierbar. In Deutschland würde es die politische Stabilität erhöhen, selbst wenn die direkten ökonomischen Wirkungen nicht so hoch sind wie der Durchschnittsdeutsche annimmt. (Sie sind durchweg überschätzt in Deutschland.) Sie würden den Handel stimulieren, Kapital ermutigen und seine Flucht ins Ausland anhalten. Sie würde einem Volke, das soeben durch das traurigste Weihnachten seit dem Kriege gegangen ist, neuen Atem geben.

6. Die Kreditnationen würden ihr Geld allein durch das gewonnene Vertrauen (good will) wieder zurückbekommen. Wie viele Billionen verliert die Welt jährlich durch die jetzige Depression? Alle Opfer für die Verhütung der ökonomischen Verluste durch Arbeitslosigkeit würden sich wieder bezahlt machen.

Die Deutschen wissen, daß sie wegen der geänderten finanziellen Lage, herbeigeführt durch die Deflationierung des Goldpreises — tatsächlich 12 Proz. mehr bezahlen als sie unter dem Young-Plan kontrahierten. Es muß nicht vergessen werden, daß in Deutschland eine neue Generation herangewachsen ist, die keine oder nur die geringsten Erinnerungen des Krieges hat; daß diese jungen Männer und Frauen es als eine Sünde betrachten, die Schulden einer 12 Jahre toten Regierung zu bezahlen für einen Krieg, an dem sie keinen Teil hatten. Das amerikanische Publikum muß nicht vergessen, daß die Nazis besonders aus dieser Gruppe ihre Rekruten ziehen. Der Enthusiasmus der deutschen Jugend für Hitler ist hauptsächlich der Tatsache zuzuschreiben, daß, so allgemein wie sein Programm sein mag (es ist so voll von Schlagwörtern und glänzenden Allgemeinheiten wie die meisten Reden Theodore Roosevelts und William J. Bryants), es ist wenigstens ein Programm; ein Programm, das ein freies Deutschland zeigt, endlich wieder einmal Herr des eigenen Schicksals. Deutsche Jugend sieht nach Führern wie wohl noch nie zuvor. Es wäre ein schauriges Bild, wenn der Hitler-Kamp sie für Generationen aufnehmen würde. Die Erwachung eines scharfen aggressiven nationalen Geistes wäre dann unvermeidbar. Solch zerstörender Geist war nach dem Kriege in Deutschland nicht vorhanden. Deutschland will nur Frieden.

Ich wiederhole: Jede mögliche Bremse gegen dies Treiben zu Chaos und Leiden (Misery) sollte angelegt werden; und keine wäre psychologisch so wirksam als die

Klärung des Reparationsproblems. Es ist das kapitalistische System, das hier vor dem Richter steht, um dessen Existenz es sich dreht. Wenn die kapitalistischen Regierungen weiterhin Europa so unglaublich schlecht regieren wie bisher und jetzt und Rußland erfolgreich ist in seinem kommunistischen Experiment, dann wird Moskau in 12 Jahren nicht nur an die Tore von Berlin klopfen, sondern wird jedes Tor in Europa niederbrechen. Wir Amerikaner diskutieren mit Sorgen die Folgen einer Überschwemmung mit russischen Gütern. Ach, das ist nur ein Wöllchen am Horizont, verglichen mit der Bitterkeit, der Furcht, der Bewaffnungskonkurrenz, dem Handelskrieg durch Tarife, ja, der internationalen Anarchie der Religion, die man heute Europa nennt. Warum handelt Amerika nicht in dieser Lage? Warum hat Mr. Hoover nicht die Weite, die vor ihm liegende größte Gelegenheit zu sehen, für Amerika die Position des moralischen Weltführers zurückzuerobieren, die es für eine Zeitlang besaß? Mr. Hoover! Mr. Hoover! Nur ein tragisches Weltgeschick konnte in dieser Stunde höchster Gefahr diesen Mann in das Weiße Haus bringen.

Schacht über die deutsche Währung.

Das 11. Kapitel seines Buches: „Das Ende der Reparationen.“

Die weltwirtschaftliche Lage Deutschlands ist eine in der gesamten Finanzgeschichte einzigartige und abnormale (S. 140). In der ganzen bisherigen Finanzgeschichte gab es nur entweder kapitalreiche und kapitalliefernde Industrieländer und kapitalarme Kolonial- und Rohstoffländer. Diese Einteilung ist heute falsch geworden. Durch die ungeheure Ausblutung Deutschlands ist es ein kapitalarmes Hochindustrialand geworden. Diese fundamentale Tatsache bestimmt die ganze deutsche Wirtschaft und vor allem auch die deutsche Währung.

„Wir haben eine Währung auf Kredit (S. 143), die vom Auslande abhängig ist.“ Aber dieser Satz muß richtig verstanden werden. Nicht die Stabilität der Währung hängt vom Auslande ab, sondern die Kreditrestriktionen (Einschränkungen). Die Stabilität der Währung ist absolut sicher, solange die Reichsbank sich von politischen Einflüssen frei hält und nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten handelt (S. 138). Das Mittel der Stabilität ist die Kreditrestriktion. Dieses verzweifelte Mittel ist ebenfalls in der modernen Währungsgeschichte unerhört (S. 137) und mußte seit der Stabilisierung bereits zweimal angewandt werden, trotz seiner sehr schmerzhaften Wirkungen auf die gesamte nationale Wirtschaft. Die außerordentliche Kapitalknappheit veranlaßte die Reichsbank zu bedeutender Kreditgewährung. Während 1909—1913 der Monatsdurchschnitt der Kreditgewährung der Reichsbank 1,1 Milliarden M betrug, betrug er 1925—1929 2 Milliarden M. Der deutsche Kredit hunger machte es unvermeidlich, daß die Reichsbank ihre Kraft überschätzte, so daß Anfang 1924 die deutsche Währung wieder sank. Eine zweite Inflation drohte wenige Monate nach der ersten. Da verfügte am 7. April 1924 die Leitung der Reichsbank einer Kreditrestriktion, d. h. sie verfügte bei ihren rund 450 Stellen, daß keine neuen Wechsel mehr angenommen werden dürfen und der vorhandene Bestand um einen gewissen Prozentsatz gekürzt werden muß. „Diese Maßnahme hatte eine außerordentlich schnelle Wirkung, und sie wird eine so schnelle Wirkung immer wieder haben, wenn sie wieder einmal angewendet wird“ (S. 137). Diese Kreditrestriktion hatte einen zu plötzlichen Banknotendruck innerhalb der gesetzlichen Golddeckung zur Ursache. (Der Goldhort der Reichsbank ist durch Auslandsanleihen beschafft! S. 142.) Ein anderer Zwang zur Kreditrestriktion kann aus einem Verlust an Deckungsgold oder Devisen entspringen.

Vom Evangelischen Pädagogium in Herchen (Sieg).

Von dem Menschen erwartet man, daß er ein Charakter ist, und je mehr er ein Charakter ist, um so mehr schätzt man ihn. Man möchte auch, daß jeder eine Gesinnung hat. Und je eigener und bewußter die Gesinnung eines Menschen ist, um so mehr achtet und bewundert man diesen Menschen als eine „Persönlichkeit“. Das sind selbstverständliche Wahrheiten. Aber merkwürdigerweise will man trotz dieser allgemein anerkannten Wahrheiten heutzutage, daß die Stätten, wo junge Menschen zu Persönlichkeiten heranreifen, zu Charakteren gebildet werden sollen, möglichst ohne Charakter, möglichst ohne Gesinnung sein sollen. Der moderne Staat will die gesinnungslose Höhere Schule.

Das ist um so merkwürdiger, als man gerade heute viel besser als früher weiß, daß die Schule nicht nur lehren, sondern den werdenden erziehen soll. Man weiß (alle pädagogischen Handbücher und Zeitschriften variieren diesen Gedanken geradezu bis zur Erschöpfung), daß es nicht auf die äußerliche und zusammenhanglose Anhäufung von Wissensstoff, sondern auf wirkliche Bildung, die zugleich immer Herzens- und Gemütsbildung ist, ankommt. Man will nicht den Verstand, die Seite des Menschen, die begreift und erkennt, allein hochzücken, nein, man will auch und vor allem den Willen erfassen, den Charakter bilden. Das ist ganz klar das gewollte Ziel der Höheren Schule.

Aber Charaktere reifen und Persönlichkeiten werden nur dort, wo geistige Eigenart, seelisches Eigenleben ist. Nur da kann wirklich erzogen und gebildet werden, wo Menschen nicht nur zusammen sind, um gemeinsam zu denken, zu lehren und zu lernen, sondern wo Menschen zusammen leben, die gemeinsam nach dem Grunde des Lebens und des Seins fragen und entschlossen sind, sich dann gemeinsam auf den gefundenen Grund zu stellen,

und von dem gefundenen Lebensgrund, von der gefundenen Lebenswahrheit aus ihr Leben führen und gestalten wollen.

Von solchen Gedanken aus wird klar, daß die konfessionelle Höhere Schule eine ganz besonders wichtige und große Aufgabe in der Gegenwart hat.

Aber die evangelischen Höheren Schulen leiden Not. Sie leiden vielleicht keine besondere Not, aber sie nehmen teil an der allgemeinen Not der Gegenwart, die sie deswegen besonders hart trifft, da sie auch in normalen Zeiten als staatsfreie Schulen eine schwere Last zu tragen haben, ohne daß sich ihre Kirche so hinter sie stellt, wie sich die katholische Kirche hinter ihre Bekenntnisschule stellt. Auch wir hier in Herchen an unserem Evangelischen Pädagogium leiden Not, nämlich an der Not, daß wir zu wenig Schüler haben. Und doch möchten wir unsere Arme und Herzen weit aufmachen, um möglichst viel deutsche Jungen bei uns bilden und erziehen zu können. Wir möchten, daß noch viel mehr Söhne evangelischer Volksgenossen zu uns kämen, um all das Gute und Schöne mit und bei uns genießen zu können, was wir und die uns anvertrauten Jungen hier genießen.

All das Gute und Schöne: Da ist zunächst die wundervolle Landschaft. Die Häuser unserer Schulfriedung liegen auf dem Steilufer der Sieg hoch über dem freundlichen Dorf in der Tiefe. Von unserer stolzen Höhe aus sehen wir stromauf und stromab in das wundervolle Tal, das sich die Sieg in unendlichen Windungen zwischen den Westerwaldbergen und den Höhen des Oberbergischen Landes gegraben hat. Erfrischend ist die Luft hier oben, und mancher Junge, der allmorgendlich den Frühlauf mitmacht und einen guten Teil des Tages auf unserem eigenen Gelände spielt und klettert und in den Bäumen „Nester“ baut, ist blaß zu uns gekommen und ist hier kräftig und gesund geworden.

Aber die wundervolle Natur und das Spielen und Wandern in Wald und Feld, das Arbeiten in den Gärten

an unseren Häusern ist nicht alles und schließlich auch nicht die Hauptsache von dem, was wir sein und den Jungen geben möchten. Wir möchten die Jungen, die aus den verschiedensten Gründen nicht zu Haus sein können, hineinstellen in das Leben einer Familie. Und darum leben die Jungen in den Einzelhäusern unserer Schulfriedung, die um die Schule herumliegen, mit uns und unseren Kindern zusammen, und unterliegen so den natürlichen und heilsamen Einflüssen der Familie.

Doch wir möchten noch mehr. Wir sind eine evangelische Schule und möchten in unserem ganzen Leben und Sein evangelische Menschen sein und werden. Was ist das Wesen des Evangeliums?

Oder treffender und bescheidener gefragt: Was ist das an dem Evangelium, was in und an einer Schulgemeinde, wie wir eine sind, zur Darstellung kommen kann und soll? Das Alte Testament war und ist Forderung und Drohung, und in diesem Sinne richtendes und drohendes Gesetz. Das Neue Testament, das Evangelium, ist Erfüllung des Gesetzes und Ueberwindung seiner Schrecken dadurch, daß es aus den äußeren Forderungen, die sich durch Drohung und Strafen Geltung verschaffen, innerlich bejahende Forderungen, innere Lebensgesetze macht, die dem Sinne nach ergriffen und frei befolgt werden. Kurz gefaßt: Aus den Drohungen werden Verheißungen im Sinne des Zingendorf-Viebes:

Denn deine Befehle sind so viel Versprechen Durch lauter verheißene Bahnen zu brechen.

Das muß der Schüler einer evangelischen Schulgemeinde spüren in dem Gemeinschaftsleben innerhalb und außerhalb der Schule. Das Gemeinschaftsleben, das unter dem Gesetz Christi steht, muß etwas davon merken lassen, daß getragen sein von dem Bewußtsein, daß dieser Gehorsam sich ohne weiteres in Segen umwandelt. Wo Wahrheit, Schlichtheit, Selbstlosigkeit gelebt oder doch gewollt wird, muß jedes Glied der Gemeinschaft Freude und Wohlfühl spüren, die Freude, die überall einzieht,

Diese zweite Sachverständigen begann ein Zeitungsartikel, der zu einer führte, daß die gefährdet erscheinend wirkungslos verfügt werden.

Dieses Mit seine Folgen für Die Reichsbank (gerade werden können) presse ist der fähig hat (S. 134). Treten könnte der Fall gewissamen Wirkungen. Im Aufwachen markwährung. S. 134:

Land

Bücher im Schaumburgischen Reiches zum Landtag schon in den gerte sich nach aktes. Die Treiben, doch

Die abse

Bücher burg-Pippiche folgt auf die krate 7 (8), Volkspartei 1 nisten 1 (0), Ergebnis noch Deutschnationale nationaler partei ausfallende Mehrheit Landtag besaß wird also in gebender Bed

Zuchthaus — Leipz Reichsgerichts fowski wegen haus, auferde lust und auf Die Angeklagte je einem Tal dor Browner fängnis verur

wo das Evang Schule ist Schüler einer unter der Zw mentes, weil

Auch die auch hier gelte der Selbstlosigkeit der knechtische geistige Leben toten Forderung wicklungen. ihren Unterric ihres Tuns, is dann immer h Evangelium, standene Gese ergriffene unkenntnis liegt evangelische S Und sich heran den hohen und einer Schule, Lebensgemein wenn auch nur lichen Schule, Gemeinschaft lichen Lebensf Wir wollten ten nur sprech evangelische helfen wollten immer reicher zu verheßen, überall, wo d Name, sonder nung, eines G Herchen (Sieg Evangelisches

Diese zweite Zwangslage entstand zur Zeit der Pariser Sachverständigenkonferenz (S. 91 ff.). Mit dem 24. 4. 1929 begann ein konzentrischer Angriff der Franzosen durch Zeitungsartikel und Kreditbeschränkungen auf Deutschland, der zu einem solchen Devisenabfluß der Reichsbank führte, daß die gesetzliche Deckung von 40% am 7. Mai gefährdet erschien. Da das Mittel der Diskonterhöhung wirkungslos blieb, mußte wieder eine Kreditrestriktion verfügt werden. Sie wirkte wieder prompt.

Dieses Mittel der Kreditrestriktion ist wirksam. Aber seine Folgen für die nationale Wirtschaft sind verheerend. Die Reichsbank ist die letzte Instanz, an die sich die Banken (gerade in Krisenzeiten) mit ihrem Kreditbedarf wenden können. „Die elastische Verwendung der Notenpresse ist der Puffer, den das Wirtschaftsleben zur Verfügung hat, um plötzliche Stöße der Konjunktur auszuhalten“ (S. 143). „Ja, die Befürchtung allein, daß der Puffer der Zentralnotenbank einmal außer Funktion treten könnte, wie es in Deutschland nun schon zweimal der Fall gewesen ist, muß das Sicherheitsgefühl der gesamten Wirtschaft lähmen“ (S. 144).

Im Aufwärts wurden schon oft Gold- und Rentenmarkwährungsfragen behandelt. Schacht sagt darüber S. 134:

Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe.

Nationalsozialisten gewinnen. — Sozialdemokraten verlieren.

Bückeburg, 3. Mai. Am heutigen Sonntag fand im Schaumburg-Lippischen Landtag, dem kleinsten des Deutschen Reiches mit nur 48 000 Einwohnern, die Neuwahl zum Landtag statt. Das Wahlgeschäft war, wie erwartet, schon in den Vormittagsstunden ziemlich flott und steigerte sich nachmittags bis zur Beendigung des Wahlganges. Die Stadt Bückeburg bot ein reges Leben und Treiben, doch vollzog sich der Wahlgang ohne Zwischenfall.

Die absolute Mehrheit der S. P. D. gebrochen.

Die Mandatsverteilung.

Bückeburg, 4. Mai. Die Mandate im Schaumburg-Lippischen Landtag werden sich voraussichtlich wie folgt auf die einzelnen Parteien verteilen: Sozialdemokraten 7 (8), Deutschnationale 1 (mit Landvolk 3), Deutsche Volkspartei 1 (1), Deutsche Staatspartei 1 (1), Kommunisten 1 (0), Landvolk 0, Nationalsozialisten 4 (0).

Es besteht die Möglichkeit, daß, wenn das amtliche Ergebnis noch eine geringe Verschiebung zugunsten der Deutschnationalen Volkspartei ergeben sollte, die Deutschnationalen zwei Mandate erhalten und die Staatspartei ausfällt. Die Sozialdemokraten haben die absolute Mehrheit, die sie bisher im Schaumburg-Lippischen Landtag besaßen (von 15 Mandaten 8) verloren. Es wird also in Zukunft der eine Kommunist von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Zuchthausstrafe wegen versuchter Spionage.

Leipzig, 4. Mai. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Schlosser Franz Rutowski wegen versuchter Spionage zu vier Jahren Zuchthaus, außerdem wurde auf zehn Jahre Ehrenrechtsverlust und auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Die Angeklagten Riege, Kröger und Berg wurden zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und Theodor Brömmers wegen Beihilfe zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

wo das Evangelium zur Herrschaft gelangt. Und auch die Schule ist Herrschaftsgebiet des Evangeliums. Die Schüler einer Staatsschule stehen deswegen ohne weiteres unter der Zwangsherrschaft des Gesetzes des Alten Testaments, weil man das Evangelium ausschließt.

Auch die Schule ist Herrschaftsgebiet Christi. Denn auch hier gelten die Gebote der Wahrheit, der Schlichtheit, der Selbstlosigkeit, der Nächstenhilfe. Auch hier muß aus der knechtischen Befolgung unverständlicher Gesetze eine geistige Lebensbewegung werden, auch hier müssen aus toten Forderungen Anstöße werden zu selbstgewollten Entwicklungen. Das kann dann und da sein, wo die Lehrer ihren Unterricht so einrichten, daß die Jungen den Sinn ihres Tuns, ihres Arbeitens und Wählens erst ahnen und dann immer klarer erfassen. Überall da ist und kommt Evangelium, wo aus dem Angstgehorsam gegen unverständliche Gesetze der Glaubensgehorsam gegen innerlich ergriffene und begriffene Gebote wird. In dieser Erkenntnis liegt für eine Schule, die sich mit Recht eine evangelische Schule nennen will, ein ganzes Programm. Und sich heranwagen an die in diesem Programm liegenden hohen und höchsten Aufgaben kann und darf man in einer Schule, wo Lehrer und Schüler eine natürliche Lebensgemeinschaft bilden, mit mehr Aussicht auf ein, wenn auch nur schrittweises, Gelingen als in einer öffentlichen Schule, da man schon deswegen nie zu einer wahren Gemeinschaft kommen kann, weil man hier die eigentlichen Lebensfragen nicht sehen darf.

Wir wollten uns nicht loben und rühmen. Wir wollten nur sprechen von einer Aufgabe, die wir hier als eine evangelische Schule sehen. Wie schön, wenn viele mit-helfen wollten, den evangelischen freien Schulen zu einer immer reicheren Entfaltung all der Lebensmöglichkeiten zu verhelfen, die da sind und auf Entbindung warten überall, wo das „evangelische“ nicht nur ein äußerer Name, sondern der Ausdruck eines Wunsches, einer Hoffnung, eines Gebetes ist.

S. Padel.
Evangelisches Pädagogium.

„Dieses Problem (Stabilisierung) hat die Reichsbank gegen Ende des Jahres 1923 binnen acht Tagen gelöst. Sie hat sich dabei eines Hilfsmittels bedient, der sogenannten Rentenmark. Aber entscheidend war nicht dieses Hilfsmittel, das vielmehr ein zufälliges war, sondern entscheidend waren zwei Grundsätze: der erste war die Rückkehr zum Golde als Währungsgrundlage, weil nur auf der Basis des Goldes der internationale Warenaustausch möglich war. Der zweite Grundsatz lag in der Anwendung der Quantitätstheorie, daß nämlich nicht mehr Geldzeichen ausgegeben wurden, als der normale Güterverkehr absorbieren konnte. Den meisten Beobachtern der deutschen Währungsgeschichte entgeht es, daß die Rentenmark niemals gesetzliches Zahlungsmittel gewesen ist, sondern daß die Rentenmark nur deshalb als Umlaufmittel fungieren konnte, weil die Reichsbank, deren Noten allein den „legal tender“ (gesetzliches Zahlungsmittel Rg.) Charakter hatten, mit ihren auf Goldparität umgestellten Noten die Rentenmark jederzeit al pari zu kaufen und zu verkaufen sich bereit erklärte.“

Nachdrift: Unsere Abhängigkeit vom Auslandskredit zeigte sich nach der vor wenigen Tagen gehaltenen Lutherrede auch am 14. September 1930, indem der Währungsfall der Reichsbank einen Verlust von 1 Milliarde Mark an Devisen brachte, von dem heute erst 1/2 wieder aufgeholt ist.

Trendelenburg über die Wirtschaftskrise.

— Neue Auslandsanleihen? —

Bad Pyrmont, 4. Mai. Auf der diesjährigen 11. Wirtschafts- und Pressekonferenz des Westfälisch-Lipp. Wirtschaftsverbundes sprach am Sonntag u. a. Staatssekretär Dr. Trendelenburg. Er stellte fest, daß die Reparationslasten die wesentliche Ursache für die Verschärfung der Weltkrise seien. Zwischen den wirtschaftlichen Darlegungen des Young Gutachtens und dem praktischen Verhalten der Gläubigerländer bestehe ein unüberbrückbarer Gegensatz. Die Wiederanpassung an die realen Weltwirtschaftlichen Möglichkeiten sei nur durch einen Umstellungsprozeß zu erreichen. Die gegenwärtige Handelspolitische Lage sei dadurch gekennzeichnet, daß die Aera kollektiver Wirtschaftsverhandlungen ihr Ende gefunden habe. Zugleich habe ein Aera regionaler Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Von allen Bestrebungen dieser Art habe aber der Plan einer österreichisch-deutschen Zollunion weitaus das größte Aufsehen in Europa erregt. Die Geschichte der Verser Bemühungen habe eindeutig ergeben, daß alle Versuche, Europas wirtschaftliche Schwierigkeiten durch Gesamtvereinbarungen zwischen den beteiligten Staaten zu lösen, zum Scheitern verurteilt seien.

Dem von Trendelenburg gebrachten Gedanken neuer Auslandsanleihen wurde in der Diskussion mit erfreulicher Deutlichkeit unter allgemeinem Beifall entgegengetreten.

Blutige Krawalle in Ägypten.

Nahas Pascha flücht sich nicht.

Acht Tote bei einer Demonstration.

London, 4. Mai. Nahas Pascha, der Führer der Wafd-Partei, ist mit liberalen Freunden heimlich und entgegen dem Redeverbot nach Beni Suef gefahren. Während einer dort veranstalteten Demonstration kam es zu einem blutigen Kampf mit der Polizei, wobei acht Personen getötet und 46 verletzt wurden. Die Lage ist äußerst ernst.

Madeira streckt die Waffen.

Der Aufstand noch vor den Entscheidungskämpfen zusammengebrochen.

Die portugiesische Regierung gibt bekannt, daß die Aufständischen kapituliert haben. Nachdem zwei Abteilungen regierungstreuer Truppen auf Madeira gelandet worden waren, die auf Grund ihrer überlegenen Ausrüstung die Truppen der Rebellen ziemlich mühelos zerstreut hätten, sei den Aufständischen kaum etwas anderes übrig geblieben, als die Waffen zu strecken.

Nach der Kapitulation der Aufständischen sind die Kampfhandlungen eingestellt worden. Die Führer der Rebellen sollen sich in das britische Konsulat geflüchtet haben. Zum Schutz der englischen Kolonie auf Madeira landete jetzt auch eine britische Marineabteilung. Ausländer sind bei den Unruhen nicht verletzt worden.

Landvolkfürer bei Brüning.

Unterredung über die Agrarpolitik der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing eine aus den Reichstagsabgeordneten Dr. Gereke, Hepp, Döbrich und Baur sowie dem preussischen Abgeordneten Bollmer bestehende Delegation der Landvolkpartei. Erörtert wurden insbesondere die Maßnahmen, die auf Grund des Zollermächtigungsgesetzes ergriffen werden sind und noch weiter getroffen werden sollen. Die Landvolkabgeordneten forderten ergänzende Maßnahmen auf dem Gebiete der bäuerlichen Beredungswirtschaft. Der Reichskanzler betonte die Notwendigkeit einer Selbsthilfe besonders auf genossenschaftlichem Gebiet und hob hervor, daß die Reichsregierung nach wie vor bereit sei, auch durch weitere zweckentsprechende Maßnahmen der bäuerlichen Beredungswirtschaft zu helfen.

Die Bedeutung der Tribute.

Appell des Reichsbankpräsidenten an das Ausland, untragbare Steuerlasten in Deutschland.

— Luxemburg, 4. Mai.

Anlässlich einer Tagung des Notarier-Klubs, d. i. eine internationale Vereinigung von Wirtschaftsführern, die sich die Hebung der Geschäftsmoral zur Aufgabe gestellt hat, sprach Reichsbankpräsident Dr. Luthers in Luxemburg über die Störung des Wirtschaftslebens durch die Kriegskriegs Tribute. Wenn man hier und da im Ausland glaube, bei dem deutschen Gesamtaufwand für öffentliche Zwecke in Höhe von rund 28 Milliarden Mark könnten die zwei Milliarden jährliche Tributzahlungen nicht viel bedeuten, dann sei das irrig. Der deutsche Steuerzahler sei über die Grenze des Tragbaren hinaus belastet, dazu ergebe sich aus der besonderen Zusammensetzung der deutschen Einkommen eine weitere Verschärfung des Steuerdrucks.

Eine vergleichende Zusammenstellung, so fuhr Dr. Luthers dann fort, ergibt mit Deutlichkeit, daß die Aufbringung der Tribute besonders deshalb so schwer ist, weil in Deutschland die Schicht der großen Einkommen und Vermögen erheblich dünner ist. In Großbritannien macht der Einkommensteuertbetrag aus den Einkommen von über 50 000 Reichsmark mehr als 70 Prozent der gesamten Einkommensteuer der physischen Personen aus, in Deutschland dagegen nur 20 Prozent. In Großbritannien ist ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei Kindern, dessen Einkommen ganz aus Arbeitseinkommen besteht, bis zu einem Einkommen von 8040 Mark einkommensteuerfrei. Derselbe Steuerpflichtige zahlt in Deutschland 443 Mark Einkommensteuer im Jahre. In Amerika ist ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei Kindern bis 18 000 Mark steuerfrei; der gleiche Steuerpflichtige zahlt in Deutschland bereits 1690 Mark Einkommensteuer.

Der Anteil des Volkseinkommens aus Kapitalvermögen am gesamten Volkseinkommen ist in Deutschland von 12 bis 13 Prozent vor dem Kriege auf jetzt 4 bis 5 Prozent gesunken.

Die Zahl der Millionäre,

d. h. der steuerpflichtigen physischen Personen mit einem Reinvermögen von über 1 Million Mark oder Reichsmark ist von rund 15 500 vor dem Kriege auf rund 2500 im Jahre 1927 zurückgegangen. In England betrug im Rechnungsjahr 1928/29 der Gesamtwert der steuerpflichtigen Nachlässe 10,5 Milliarden Mark, in Deutschland 1,5.

Im Lichte dieser Betrachtung gewinnen auch die zwei Milliarden Reparationszahlungen Deutschlands ein anderes Gesicht. Zunächst darf man nicht vergessen, daß ein großer Teil der 28 Milliarden Gesamtbetrag für öffentliche und soziale Zwecke nicht ein Ergebnis einer deutschen Verschwendungssucht, sondern der deutschen Armut sind. Endlich aber darf nicht vergessen werden, daß jede neue Last, welche schon vorhandenen Lasten hinzugefügt wird, für den Belasteten schwerer wird, und zwar relativ schwerer als die vorhergehende.

Das große Hindernis, schloß Dr. Luthers seine Rede, sei das Jahrtausende alte gegenseitige Mißtrauen. Was seien unter der Fassung „Aufbau einer neuen Welt“ nach dem Kriege für Rückschritte gemacht worden. Statt 13 verschiedener Währungen vor dem Kriege gäbe es in Europa jetzt deren 27. Die Zollgrenzen hätten sich von 8000 Kilometer auf mehr als 20 000 Kilometer erhöht. Er möchte seine Zuhörer auch einladen, einmal

die Zustände im deutschen Osten

zu studieren, um festzustellen, was dort durch Abschneidung Ostpreußens und durch die Grenzziehung in Oberschlesien an wirtschaftlichen Werten vernichtet oder verarmt worden sei. Die heutigen Zustände Europas seien keine Wege zu neuem Leben. So könne Europa schließlich nur müde zusammenstinken. Stoffwechselkrankung der Weltwirtschaft, Stoffwechselstörung im Geld- und Kapitalverkehr seien die Wirkungen der Reparationszahlungen, die jährlich den durchschnittlichen Gewinn neuen Goldes auf der Erde nicht unerheblich übertreffen.

Das Raketen-Auto.

Erfolgreiche Probefahrt des Heglandt-Raketenvagens.

Berlin, 4. Mai. Am Sonntag nachmittag wurde auf dem Flughafen Tempelhof während einer Flugveranstaltung zum erstenmal der Heglandt-Raketenvagen einem größeren Publikum vorgezeigt. Die Probefahrt verlief durchaus erfolgreich und löste beim Publikum größten Beifall aus. Nachdem Brennstoff und flüssiger Sauerstoff in die Tanks gefüllt war, wurde der gelbrote Raketenvagen zum Startplatz geschleppt. Unter Zijschen und Knattern setzte er sich dann langsam in Bewegung. Am Steuer saß der altbekannte Rennfahrer Scholl. Die Raketenvagenausrüstung bediente Ingenieur Piesch. Immer schneller werdend fuhr das Raketenauto, einen kurzen Feuerstrahl hinter sich herziehend, die Zementbahn des Flughafens entlang. Der Wagen entwickelte eine Geschwindigkeit bis zu 145 Stundenkilometer. Doch mußte er in den Kurven auf 40 Stundenkilometer abgestoppt werden, um ein Umkippen zu vermeiden.

Etwas eine halbe Stunde lang dauerte die Probefahrt des feuerpeinenden Raketenvagens, der im Kreis- und Kurvenfahren seine Wendigkeit bewies.

Do X in Villa Cisneros gelandet.

Das Dornier-Flugzeug Do X ist nach seinem Abflug von Las Palmas programmäßig in Villa Cisneros in der spanischen Kolonie Rio de Oro gelandet.

Ein viertes Todesopfer in Wilhelmshurg.

Harburg, 4. Mai. Die Zahl der Todesopfer der Arsen-Wasserstoffvergiftung im Betrieb der Zinnwerke Wilhelmshurg hat sich durch den Tod eines weiteren Erkrankten auf vier erhöht. Drei Personen liegen noch mit lebensgefährlicher Erkrankung darnieder.

Verschiebung der Abrüstung.

Fransösisches Stimmungsmache. — Die deutsche Mustertabelle überreicht. — Ein „ritterlicher“ Franzose.

Die deutsche Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes die angekündigte Mustertabelle überreicht, die bei der Feststellung des Abrüstungsstandes der einzelnen Länder für die Abrüstungskonferenz verwendet werden soll.

Die deutsche Abordnung, die sich Mitte des Monats zur Teilnahme an der Tagung des Europa-Ausschusses und des Völkerbundesrates nach Genf begibt, wird wiederum von Reichsaussenminister Dr. Curtius begleitet werden. Ihr gehören ferner an Staatssekretär von Bülow, die Ministerialdirektoren Dr. Gaus (Rechtsabteilung), Dr. Ritter (Wirtschaftsfragen) und Dr. Behl (Presseabteilung), Gefandter Meier von der Stadtverwaltung und eine Anzahl weiterer Sachverständiger.

Mit Verdrönden verfolgt man in Berlin die französische Stimmungsmache zugunsten einer Verschiebung der Abrüstungskonferenz. Seit einiger Zeit bemühen sich nämlich die Pariser Zeitungen um den Nachweis, daß angeht die Neuwahlen in Frankreich der Februar 1932 für den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz „unmöglich“ sei. Das ist natürlich nichts weiter als eine offene Sabotage der Abrüstung. Denn wenn kurz vor der Abrüstungskonferenz keine Wahlen stattfinden dürfen, dann wird die Abrüstungskonferenz niemals stattfinden können, weil angesichts des großen Kreises der Konferenzteilnehmer wahrscheinlich in einem Lande immer Wahlen stattfinden werden. Eine Rück-

nahme auf die französischen Wahlen ist daher gänzlich ausgeschlossen.

Enttäuschung ruft ferner das Verhalten hervor, daß der frühere französische Militärattaché in Berlin, General Tournes, nach seiner Rückkehr nach Paris an den Tag legt. Dieser „ritterliche“ Franzose will jetzt nämlich der Welt im „Echo de Paris“ weismachen, Deutschland habe seine Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllt. Ganz abgesehen davon, daß die restlose Durchführung der deutschen Abrüstung von allen zuständigen Instanzen seit langem festgestellt ist, ist doch auch das Verhalten des Generals ein Skandal. General Tournes benutzte die dienstlich erworbenen Kenntnisse, um sie publizistisch, und noch dazu entstellend, zu verwerten.

Die Anglerreise nach Chequers.

Die Fahrt des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaussenministers Dr. Curtius nach Chequers Anfang Juni wird im englischen Rahmen gehalten sein. Als Begleiter des Reichskanzlers wird Oberregierungsrat Brand von der Reichskanzlei mitfahren, als Begleiter des Reichsaussenministers ist Legationsrat von Pfeilen vorgesehen, der früher der deutschen Botschaft in London angehörte und jetzt im auswärtigen Amt Referent für England ist. Dr. Brüning und Dr. Curtius werden die Hinfahrt auf dem Sappag-Dampfer „Deutschland“ von Hamburg nach Southampton, die Rückreise geschieht von Southampton nach Bremen auf dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Bremen“.

Kalte Dusche Hoovers.

Aufrechterhaltung des ablehnenden Standpunkts in der Schuldenfrage.

Am Vorabend des Zusammentritts der Internationalen Handelskammer in Washington ließ Präsident Hoover die Presse dahin unterrichten, daß die amerikanische Regierung alle Vorschläge und Resolutionen, die der Kongress über Zollermäßigungen und Schuldenrevision möglicherweise annehmen würde, „mit tauben Ohren vernehmen“ werde. Im übrigen sei Präsident Hoover an der Tagung außerordentlich interessiert; er werde die Montagssitzung persönlich mit einer Rede eröffnen. Aber so sehr das Kabinett der Vereinigten Staaten auch die Verdienste der Kammer um die internationalen Wirtschaftsbeziehungen anerkenne, die Schuldenpolitik Washingtons werde auch künftig unverändert den Richtlinien folgen, die der frühere Präsident Coolidge aufgestellt habe. Zollermäßigungen könnten nur insoweit stattfinden, als die Zollkommission Vorschläge für gut befand.

Owen D. Young mußte die von ihm geplante Rede ablegen, da seine Mutter bei einem schweren Unfall einen Schädelbruch erlitten hatte.

Zwischenfälle in Wolhynien.

Salbenfeuer auf demonstrierende Bauern. — Zwei Tote.

Im Dorfe Maniewieze in Wolhynien kam es anlässlich einer Kundgebung linksradikaler ukrainischer Bauern zu Zwischenfällen. Polnischen Meldungen zufolge sollen aus der Menge Revolvergeschosse auf die Polizisten abgegeben worden sein, als diese die Demonstranten aufforderten, auseinanderzugehen. Die Polizei gab hierauf eine Salve auf die Menge ab, wodurch zwei Ukrainer getötet und mehrere verletzt worden sind. Die Bauern flüchteten in die Wälder, wo sie sich verborgen halten. Die polnische Polizei durchsucht nun den Wald, um die Führer der Bauern festzunehmen.

Mit einem Flug Berlin-Wien-Budapest wurde eine neue direkte Luftverbindung zwischen den drei Staaten eröffnet. Die Flugdauer beträgt fünf Stunden.

Neue Brotpreiserhöhung.

Zu Berlin. — Die Reichsregierung b-fremdet. — Verhandlungen mit dem Bädergewerbe.

Im Verfolg der letzten Ankündigungen der Reichsregierung hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erneut mit dem Bädergewerbe die Verhandlungen aufgenommen, um die preisfeindliche Auswirkung der von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen sicherzustellen.

Im Laufe dieser Besprechung erklärten Vertreter des Berliner Bädergewerbes überraschenderweise, daß ab Montag eine erneute Erhöhung des Brotpreises um weitere zwei Reichspfennige eintreten werde; die Mitglieder des Bädergewerbes seien bereits durch Mundschreien unterrichtet, überdies sei auch der Fachpresse eine entsprechende Mitteilung übergeben worden. Ein Aushalten dieser Maßnahmen wurde für unmöglich erklärt.

Reichsminister Schiele gab seinem lebhaften Befremden über dieses Vorgehen Ausdruck.

Dieses Vorgehen erfolgte zu einem Zeitpunkt, in welchem dem Bädergewerbe bereits bekannt gewesen sei, daß die Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet habe, die es gestatten werden, auf den Mehlpriest zu einzuwirken, daß nicht nur eine weitere Brotpreiserhöhung vermieden, sondern auch sogar eine Minderungsmaßnahme der letzten Preiserhöhung ermöglicht werde. Hierzu gehören namentlich die Forderung des Brotgesetzes, die Senkung der Roggenmehlpriest durch Abgabe von Roggen aus den Beständen der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft unmittelbar an Mühlen und die Senkung der Weizenmehlpriest durch die angekündigten Zollmaßnahmen.

Das Verhalten der Berliner Bäcker sei umso unbefriedigender, als seit der letzten Brotpreiserhöhung die Preise für Roggenmehl nicht gefallen seien: das Verhalten lasse auch die gebotene Rücksicht auf die soziale Lage der Bevölkerung vermissen.

Der Reichsernährungsminister — so heißt es in einem offiziellen Communiqué — ließ den Vertretern des Berliner Bädergewerbes keinen Zweifel darüber, daß die Regierung dieses Vorgehen nicht ruhig hinnehmen wird. Der Reichsminister hat sich unmittelbar nach der Besprechung auch mit dem preussischen Handelsministerium in Verbindung gesetzt. Dabei hat sich schon jetzt eine Uebereinstimmung der Auffassungen der beiden Ministerien ergeben.

Verschiedenes.

15. Neulandtag in Eifenach. In der Neulandbewegung setzt man sich ernsthaft mit den Fragen der Zeit auseinander und bemüht sich, den Weg zu finden, der aus dem Chaos der Jetztzeit hinführt zu einem schlichten deutschen, von Christus durchpflügten Leben. Der kommende Neulandtag vom 23. bis 30. Mai wird sich vor allem mit der religiösen Frage unserer Zeit beschäftigen. Seine Themen sind: Erneuerter Christsein und Rassenkunde, das der bekannte Rassenforscher Prof. Dr. Claus übernommen hat, Erneuerter Christsein und „Deutscher Gottglaube“, Erneuerter Christsein und Alles Testament, Erneuerter Christsein und Christentum. Zur Teilnahme sind alle ernsthaft ringenden Menschen eingeladen, die ein Erwachen in unserem Volk spüren und fühlen, daß eine Zeitenwende heraufsteigt, die wir in ihrer Wucht noch nicht erkennen können, die wir aber ahnend begreifen. Da heißt es wach sein und sich vorbereiten! Anmeldungen zum Neulandtag sind baldigst erwünscht, jede nähere Auskunft ist im Neulandhaus Eifenach (Thür.) zu erfragen.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer. Heute, Montag, Männerchor in „Ephrata“ (8 1/4 Uhr). Kirchentag. Es wird gebeten, die Uebungsstunde am Donnerstag vollständig zu besuchen. Posamentbuch, Teil 2, mitbringen. Frauenhilfe: Mittwoch, den 6. Mai, 3 1/2 Uhr nachmittags im Jungfrauenaal des Wappheims. L. v. B. Das nächste Missionstreffen findet am Mittwoch, den 13. Mai, zur gewohnten Stunde statt. L. Tr.

Schriftleitung: B. Kraus; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Guttei; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Blutige Kämpfe in Spanien.

Zwischenfälle bei der Maiseier in Barcelona.

Während die Maiseiern im In- und Auslande größtenteils ruhig verlaufen sind, kam es in einigen spanischen Städten zu schweren Unruhen. In Barcelona gab es eine Schießerei zwischen Kommunisten und Sozialisten; als die Polizei eingriff, wurde sie von beiden Seiten zugleich beschossen. Ein Schutzmann lag tot auf dem Platz. Zehn Personen wurden meist schwer verwundet. Auch in Bilbao kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Vierzehn Personen wurden schwer verletzt.

In Portugal war Lissabon der Ort der Unruhen. Als die Polizei dem allgemeinen Versammlungsverbot zufolge gegen einen Demonstrationszug vorging, wurde eine Bombe geworfen, die allerdings keinen Schaden anrichtete.

Massigli wieder abgereist.

Italien schließt sich den englischen Vorschlägen an.

— London, 4. Mai.

Der Hauptdelegierte Frankreichs für die französisch-italienisch-englischen Flottenbesprechungen ist von London nach Paris zurückgekehrt. Die italienische Delegation bleibt noch einige Tage in London für den Fall, daß neue französische Vorschläge vorgelegt werden sollten. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß vor der Präsidentenwahl in Frankreich eine neue Aktion der französischen Regierung stattfindet.

Die italienische Antwortnote auf die französischen Vorschläge, die jetzt in Paris vorliegt, deckt sich mit der ablehnenden Note Englands. Wenn Italien ebenso wie England auch Gegenvorschläge gemacht hat, dann sind doch die Aussichten, daß Frankreich diese Vorschläge annehmen wird, sehr gering.

Zu der Flottenangelegenheit schreiben die „Times“: Wegen der Nähe des Termins der französischen Präsidentschaftswahl gilt es als wahrscheinlich, daß die Entscheidung nicht mehr vor dem Zusammentreffen der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Genf Mitte Mai zur Völkerbundsversammlung fallen wird. In einem Beiratsrat der „Times“ auf die unglücklichen Folgen eines Fehlschlages der Verhandlungen und erklären, die britischen Gegenvorschläge seien bis an die äußerste Grenze des

Für die uns aus Anlaß unserer Silberhochzeit erwiesene Aufmerksamkeit danken wir herzlich.
M. Heitbrink und Frau
Bethel, im April 1931.

Zum Ferienaufenthalt empfiehlt sich
Erholungsheim „Waldrast“
Münzingen (Schwäb. Alb 800 m über d. M.)
Vorzügliche, nervenstärkende Albluft. Gute Unterkunft und Verpflegung. Prachtige Laubwälder, unmittelbar beim Haus.
Bis 1. Juli stark ermäßigte Preise.
Prospekte durch Verwalter Eismann.

Liebhaver-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Christliches Ehepaar
findet im Mai liebes. Aufnahme für Erholung auf dem Lande.
Preis 350 M. a Person.
A. Müller, Haus 110, Dorlar/Wehlar

Braubach & Abeln

Haus Friedrich
Christliches Erholungsheim nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer
August Friedrich und Frau
Telefon 34. — Prospekte frei.

Locarno-Monti
Südschweiz.
Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-Monti Bré, idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vortrefflicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätische. Eig. Auto; Prospekt; bescheidene Preise; das ganze Jahr offen.
W. Keller, Prediger.

Elektro-Chemo-Ing. (Mab.),
35 Jahre, ledig, sucht
Stellung
bezw. Arbeit, gleich welcher Art, auch Landwirtschaft, bei bescheidenen Ansprüchen. Gefl. Angebote unt. A 1512 an d. Geschäftsstelle d. Blattes.



RUSCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÜCKE IM MUSTERSTÜCK AUSFÜHRUNG

BORGSTÄDT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON Nr. 1306

Kur-Anstalt Erholungsheim
vegetarisch und Rohkost
Ebert
Benneckenstein-Hochharz
unweit Braunlage
Pastor Felkekur. Prosp. freil

Lutherischen Konferenz in Minden-Ravensberg

Dienstag, den 5. und Mittwoch, den 6. Mai 1931 im Altkirchliche Gemeindehaus an der Grünstraße in Bielefeld (Haltestelle Bürgerweg der Elektrischen Linie 1), wird hiermit herzlich eingeladen.

Dienstag, den 5. Mai:
2 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung.
3 Uhr: 1. Öffentliche Versammlung.
1. Eröffnung durch den Vorsitzenden.
2. Die Ausbildung der Missionare.
Missionen: Inspektor P. Hannig, Barmen.
3. Besprechung des Vortrags.
8 Uhr: Abendgottesdienst in der Sareptapelle (Bethel). Liturg: Sup. Kuhlo, Hüllhorst; Prediger: P. Wolf, Westliver.
Mittwoch, den 6. Mai:
8 1/2 Uhr: 2. Öffentliche Versammlung.
1. Morgenandacht: P. Wilmanns, Bethel.
2. Pastor Lic. Bischof, Dozent an der Theologischen Schule in Bethel. „Der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs“.
3. Besprechung des Vortrags.

Der Zutritt zu den öffentlichen Versammlungen ist auch für Nichtmitglieder frei. Unsere Mitglieder bitten wir, nach Kräften für das Bekanntwerden der Konferenz zu sorgen!

Der Vorsitzende:
D. Niemöller, Enger.

Nr. 104.

Edler
Als es
Schau
Trage
Nur de

Wie den

Vor einigen Entschließungen fordert, daß... erneut aufger... lche Volk... demokratische... Interessant i... öffentlichen... Von den be... Frontpartei... eine Volksab... ten Vos und... Kammer gege... Landkreisen... stiert, sie hab... allem englisch... genden Mehr... den diese Akt... flämischen un... land beachtet... Sozialdemokr... Aligell, hat i... der Eupen-M... sich verschiede... für eine unbed... medy sei. Je... verhältnismä... katholischen... ist, eine neue... ten vorzunehm... Liberalen find... Also schätzun... tarier und ve... vertritt eine... Symans in d... das vor einig... bert Renard... Malmady bes... krat Mitglied... einem derarti... es selbst aus... die Behandlung... dem Buche ad... Raymond Pol... Troh dieses... ist, hat das... Exemplaren... reich das In... gering ist. M... uns von einig... den Sozia... fant war auc... belgischen So... weil sie in d... stellt haben. Eupen-Malm... belgisch. — Nach der... nach „find... Hermann Mi... Tonart dieses... dieser Schrift... gien und Fra... So ist der W... dher an sich... einer kleinen... sie ihre Mein... unrichtig ist... regelmäßig ei... geben, und d... fen trotz alle... jungen usw... Malmady belgisch bleib... ist zwar deut...

*) Verlag